

FÜR WEHRPFLICHT UND ZIVILDIENTST

überparteilich

sachlich engagiert

unabhängig



Volksbefragung WEHRSYSTEM Information, Argumentation

Vorwort:

Am 20. Jänner 2013 findet die Volksbefragung über das künftige Wehrsystem und dem damit zusammenhängenden Zivildienst statt. Dieses Instrument der Demokratie wird erstmalig in Österreich für die politische Willensbildung eingesetzt.

Das für eine sachlich fundierte Entscheidung wünschenswerte Wissen ist sicherlich bei vielen Wahlberechtigten entwicklungsfähig.

Wir sehen es als unseren Auftrag, vor dem sicherheits- und sozialpolitischen Hintergrund die Vor- und Nachteile nüchtern aufzuzeigen.

Die nachstehende Darstellung verdeutlicht die Hintergrundsituation, die Vor- und Nachteile der beiden zur Wahl stehenden Wehrsysteme und die wesentlichen Konsequenzen.

Als Quellen dienen der Entwurf der Sicherheitsstrategie für Österreich, öffentlich zugängliche Informationen, Überlegungen ranghoher Heeresangehöriger, Beurteilungen bedeutender Blaulichtorganisationen. Diese Bearbeitung ist als Argumentationshintergrund für Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens gedacht, die eine Multiplikatorwirkung haben können.

Diese für unser Ziel auszuüben ist durchaus im Sinne der Plattform.

Text der Volksbefragung am 20. Jänner:

- **Sind Sie für die Einführung eines Berufsheeres und eines bezahlten freiwilligen Sozialjahres ?**

oder

- **Sind Sie für die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht und des Zivildienstes?**

A) Sicherheitspolitische Lage, Aufgaben des Österreichischen Bundesheeres:

Der sicherheitspolitische Wandel in Europa nach 1989 hat die Bedrohungsszenarien wesentlich gewandelt. Der sogenannte Kalte Krieg zwischen West und Ost, der bis in die 90er Jahre das sicherheitspolitische Denken und Handeln bestimmt hat, ist neuen Bedrohungen gewichen. Das war Anlaß für die Bearbeitung einer neuen gesamtstaatlichen Sicherheitsstrategie. Diese wurde im Analyseteil abgeschlossen und nennt unter anderem folgende neue Bedrohungen: Terrorismus, organisierte Kriminalität, Auswirkungen von Konflikten jenseits unserer Grenzen, Bedrohungen der lebenswichtigen Infrastruktur (Kommunikation, Energie, Verkehr, Güterverteilung), Ressourcenknappheit, Scheitern von Integration, Folgen von Migrationsströmen etc.

Bei den daraus zu ziehenden Folgerungen kam die Bearbeitung der Strategie zum Stillstand – die Folge ist nunmehr die Volksbefragung. Als Konsequenz der Analyse gilt es im Falle einer Bedrohung die Souveränität und Unverletzlichkeit des Staates sowie die Funktionsfähigkeit von Staat und Gesellschaft in Krisensituationen außergewöhnlichen Umfangs sicherzustellen.

Daraus ergeben sich die wesentlichen Aufgaben des Bundesheeres:

- Militärischer Schutz von lebenswichtigen Einrichtungen;
- Unterstützung (Assistenz)
 - der Sicherheitsbehörden beim Schutz von lebenswichtigen Einrichtungen;
 - der Länder und Gemeinden bei und nach Schadensereignissen (Katastrophen, Unglücksfälle)

Die wesentliche Funktion des Bundesheeres ist die eines Notwehrinstrumentes, einer letzten strategischen Reserve des Staates in Krisensituationen.

Eine weitere Aufgabe ist die Beteiligung am internationalen Krisenmanagement im Rahmen von Auslandseinsätzen (derzeit mit etwa 1300 Soldaten vor allem am Balkan u. im Nahen Osten).

Diese Aufgaben sind vom Ausgang der Volksbefragung unabhängig, weil verfassungsrechtlich begründet.

B. Wehrsysteme: Vor- und Nachteile, Folgerungen

1. Berufsheer:

Vorteile:

- Hohe Einsatzbereitschaft – auch für Auslandseinsätze;
- Hohes Ausbildungsniveau;
- Verwendung von Spezialausrüstung (hoher Ausbildungsaufwand);
- Keine Abwesenheit von zivilen Arbeitsplätzen (nur ohne Milizkomponente);
- Keine Pflichtleistung für die Gesellschaft – wenn gesellschaftspolitisch erwünscht;

Für den Aufbau eines Berufsheeres sind folgende

Rahmenbedingungen günstig:

- Großes Land mit hoher Bevölkerungszahl;
- Junge Bevölkerung mit hoher Arbeitslosigkeit;
- Mitglied in einem Bündnis (NATO), wo Aufgaben verteilt werden können;
- Priorität der Politik bei internationalen Einsätzen;
- Eigene bundesweite Organisationen für Katastrophenhilfe z.B. Technisches Hilfswerk in Deutschland;
- Geringe staatliche Sozialleistungen, teure private medizinische Versorgung;

Liegen diese Bedingungen in Österreich vor ?

Nachteile

- Geringere Mannschaftsstärke im Aktivstand und bei Mobilmachung;
- Unsichere Personalrekrutierung – das Heer als Nachfrager am Arbeitsmarkt kann mit Wirtschaft nicht mithalten;
- Hohe Personalkosten - auch in Zeiten ohne Einsätze;
- Teures Auslagern notwendiger Leistungen für den Betrieb (Systemerhaltung);
- Psychische Erkrankungen durch häufige Auslandseinsätze – Folgekosten für Sozialsystem
- Kosten für Reintegration von Zeitsoldaten in zivilen Arbeitsmarkt;
- Gefahr gesellschaftlicher Abkoppelung – Desintegration;

2. Wehrpflicht:

Nachteile

- Pflicht = Gegensatz zur individuellen Selbstbestimmung, -verwirklichung;
- Auslandseinsatz nur auf freiwilliger Basis;
- Relativ hoher Aufwand für kurze Ausbildung;
- geringe Nutzungsdauer des Gelernten, wenn keine Milizverwendung bzw. längere Verpflichtung;
- Schwierigkeiten bei Verwendung von ausbildungsintensiven Spezialsystemen;
- Abwesenheit vom zivilen Arbeitsplatz/Arbeitsmarkt;

Vorteile

- Hohe Mannstärke im Aktivstand mit großer Mobilmachungsreserve;
- Einfließen ziviler Expertise / Ausbildung;
- Niedrigere Personalkosten (Kosten nur bei Bedarf);
- Kostengünstigere Systemerhaltung;
- Sichere Rekrutierungsbasis für junges Kaderpersonal;
- Gesellschaftliche Integration (intern und extern – Bürger in Uniform);
- Entwicklung Gemeinschaftssinn, Kameradschaft;
- Solidarleistung in der Gesellschaft und für die Gesellschaft

3. Zahlenvergleich Berufsheer und Wehrpflicht derzeit

Berufsheer (Planung):

- 8.500 Berufssoldaten
- 7.000 Zeitsoldaten
- 6.500 Zivilbedienstete
- 22.000 Präsenz(Aktiv)-stärke**
- 9.300 Profimiliz
- 23.000 beordnete Miliz

Wehrpflicht derzeit:

- 13.000 Berufssoldaten
- 2.000 Zeitsoldaten
- 9.000 Zivilbedienstete
- 9.000 GWD ständig
- 33.000 Präsenz(Aktiv)-stärke**
- 22.000 beordnete Miliz

4. Ableitungen – Argumente, die klar für die Wehrpflicht sprechen:

- Ein Berufsheer ist kleiner - **10.000** Mann geringere Aktivstärke
- Die Präsenzorganisation eines Berufsheeres kann die geforderten 12.500 Mann für die Katastrophenhilfe **nicht** ohne Mobilmachung aufbieten;
- „Schutzaufgaben“ und größere Katastropheneinsätze erfordern hohe Mannstärken;
- Die Rekrutierung von 7000 Zeitsoldaten und 9300 freiwilligen Milizsoldaten ist sehr unsicher;
- Die Finanzierbarkeit des geplanten Berufsheermodells ist nicht geklärt;
- Mit gleich viel / weniger Geld, kann das geplante Berufsheer nicht die gleiche Leistungsfähigkeit wie das derzeitige Heer mit Wehrpflicht erreichen;
- Berufsheer ist kleiner, an wenigen Standorten konzentriert – damit gibt es weder regionale Flächendeckung noch Verfügbarkeit
- Es ist völlig offen, was mit den älteren Soldaten geschieht. Um junge Soldaten aufnehmen zu können, braucht es einen sozial verträglichen Abbau des für ein Berufsheer zu alten Personals, ansonsten es zu einer Überalterung des Heeres für einen Zeitrahmen von 10 - 15 Jahren kommen wird;
- Mit dem derzeitigen Mischsystem aus Berufssoldaten, Zeitsoldaten, Grundwehrdienern und Miliz, mit präsenten Verbänden, Kaderpräsenzeinheiten und Milizverbänden können die gestellten Aufgaben ökonomisch erfüllt werden;
- Die Wehrpflicht garantiert eine sichere Personalrekrutierung sowie die Verfügbarkeit von verschiedensten Fähigkeiten der Mannschaften auf Grund ihrer zivilen Berufsausbildung (z. B.: Handwerker, IT-Spezialist, etc.);
- Die Ausbildung von 6 Monaten hat Sinn, weil dadurch Kenntnis eines staatlichen Notfallinstrumentes und der eigenen Rolle in diesem Instrument vermittelt wird, sie ist Voraussetzung für die Verwendung in der Miliz und im Auslandseinsatz;
- Kommt es zu einem Berufsheer mit den zu erwartenden Rahmenbedingungen, ist dieser Vorgang realpolitisch nicht mehr umkehrbar – das Bundesheer verliert seine Fähigkeiten und Verfügbarkeit zur Auftragsbefüllung;

C. Zivildienst – Konsequenzen bei Ende der Wehrpflicht:

1. Grundsätzliches:

Der heutige Zivildienst, der für Wehrpflichtige mit Gewissensbedenken als Ersatzdienst für die Erfüllung der Wehrpflicht eingerichtet wurde, hängt rechtlich untrennbar mit der allgemeinen Wehrpflicht zusammen. Sowohl Wehrpflicht als auch der Zivildienst sind in der Europäischen Menschenrechtskonvention verankert.

Rechtshistorisch ist die Wehrpflicht für die männlichen Staatsbürger entstanden – weshalb die Einbeziehung von Frauen im Rahmen einer allgemeinen Dienstpflicht grundrechtlich und realpolitisch äußerst problematisch zu beurteilen ist.

Durch die Zivildienster (in VBG über 700) werden heute vor allem im Bereich des Rettungs-, Gesundheits- und Sozialwesens wichtige Leistungen zur Sicherstellung der Versorgung von Menschen die auf Hilfe angewiesen sind (Kranke, Verletzte, Pflegebedürftige, Menschen mit Behinderung...) erbracht.

In diesen Bereichen decken diese gemeinsam mit dem hauptberuflichen Personal vor allem Tagesaufgaben ab, während für Nacht- und Wochenenddienste vor allem Freiwillige unentgeltlich zum Einsatz kommen.

2. Wesentliche Aspekte:

Folgende Aspekte sind bei einem Umstieg auf ein bezahltes freiwilliges soziales Jahr zu berücksichtigen:

- Gewinnung von ausreichend Freiwilligen – ca. 7000 pro Jahr ist sehr fraglich;
- Keine Planbarkeit, da nur der Arbeitgeber verpflichtet – der Mitarbeiter im freiwilligen sozialen Jahr kann jederzeit aussteigen – (das Angebot wird sehr schnell zum bezahlten Ferien- oder Überbrückungsjob, bis Studium begonnen oder ein neuer Arbeitgeber gefunden ist);
- Verlust der Rekrutierungsbasis für die Freiwilligen der Zukunft für diese Organisationen (mehr als 50 % „verlängern“ nach der Ableistung des Zivildienstes beim Roten Kreuz in die Freiwilligkeit);
- Verlust einer gesellschaftlichen Solidarleistung der jungen Staatsbürger (analog Wehrdienst) – leistet der Vollkaskomentalität, der Kommerzialisierung der Daseinsvorsorge Vorschub;

- Mehrkosten (allein beim Roten Kreuz wird mit 140 Mio Mehraufwand gerechnet – wenn die Qualität gleichbleibend sein soll) – und dieser Betrag kann sich aufgrund des Einbruchs bei der echten Freiwilligkeit innerhalb von 10 Jahren verdoppeln!
- Zusätzliche Kosten für Länder und Gemeinden als für Rettungs-, Katastrophen-, Gesundheits- und Pflegewesen verantwortliche Gebietskörperschaften – oder die Inkaufnahme von Leistungsminderungen;
- Infragestellung des Ehrenamtes durch die Bezahlung von Freiwilligen – der echte Freiwillige wird ja geradezu aufgefordert, nicht mehr ehrenamtlich und damit kostenlos zu arbeiten;

D) Wer sind wir ?

Die PLATTFORM VORARLBERG FÜR WEHRPFLICHT UND ZIVILDIENTST ist eine überparteiliche, unabhängige und sachlich engagierte Initiative. Sie wird von Proponenten aus wesentlichen Bereichen der Gesellschaft – Gemeinden, Sicherheit, Blaulichtorganisationen, Wirtschaft, Sozialpartnerschaft, Bildung, Sport, Kultur, Sozialeinrichtungen, wehrpolitisch aktive Organisationen – getragen. Diese sind von den Vorteilen der Beibehaltung von Wehrpflicht und Zivildienst als dem besseren Modell für die umfassende staatliche Sicherheitsvorsorge überzeugt. Es sind dies:

Helmut ABL – Dir. BG Bludenz, Wolfram BALDAUF – Präs. Blasmusikverband, Gebhard BARBISCH - Landesleiter Bergrettung, Manfred BAUER – Milizverband, Hubert BERTSCH – Gf. Bertsch-Gruppe, Präs. IV, Werner H BITTNER – VDir. Collini Holding AG, Manfred BLIEM - langj. LPolKdt, Ernst BLUM – Bgm. Fussach, Ernest F. ENZELSBERGER – Ges. Landesverteidigung und Sicherheitspolitik V, Alwin DENZ – Landeskameradschaftsbund, Siegfried GASSER – Präs. Rotes Kreuzes V, Christof GERMANN - VDir. illwerke vkw, Roland GOZZI – LDir. Rotes Kreuz, Philipp GRANINGER - Leiter Seniorenresidenz Martinsbrunnen u. Sprecher des Landesverbandes der Heim- u. Pflegeleitungen, Michael HARTMANN – Gf. Hartmann Fensterbau Nenzing, Manfred HÄMMERLE – Dir. HAK & HASCH Breg., Martin HÄMMERLE - Milizoffizier, Kdt Jägerbaon V, Wilfried HOPFNER – VVors. Raiffeisenlandesbank, Präsident KSÖ, Robert JORDAN – UOGV, Eugen LAMPERT - Polizei, Vors. GÖD V, Markus LINHART – Bgm. Bregenz, Horst LUMPER – Rechtsanwalt, Präs. Fußballverband, Elmar MARENT – langj. SiDir, Josef MOOSBRUGGER – Präs. LWK, Josef MÜLLER - OGV, Willi MÜLLER – Bgm. Thüringerberg, Martin NETZER - Bgm. Gaschurn, Karl PICHLER - Gf Sozialbetriebe Barmherzige Schwestern, u.a. JESU-Heim Lochau, Manfred REIN – Präs. WKV, Wolfgang RÜMMELE - Bgm. Dornbirn, Berndt SALOMON - BHptm Feldkirch, Gottfried SCHRÖCKENFUCHS - Militärkommandant aD. und Präsident des Vorarlberger Zivilschutzverbandes, Xaver SINZ - Bgm. Lochau, Harald SONDEREGGER – Präs. Gemeindeverband, Bertram SUMMER – Dir. LBS Budenz, Martin SUMMER – Bgm. Rankweil, Michael TINKHAUSER - Bgm. Bludesch, Dietmar TSCHOHL – Bgm. Klösterle, Wolfgang TÜRTSCHER – Dir. VHS Bregenz, Hubert VETTER – Landesfeuerwehrinspektor, Hermann VÖGEL - Landesleiter Wasserrettung, Herwig VÖGEL – Gf. Vögel Transporte Bludesch, Elisabeth WICKE - Bgm. Mellau, Helmut ZIMMERMANN - Bgm. Bürs.

F) Resümee

Bei einer sachlichen Abwägung der Vor- und Nachteile der beiden Wehrsysteme, den Konsequenzen für die Leistungsfähigkeit und Durchhaltefähigkeit des Bundesheeres in Assistenzeinsatzfällen, den Auswirkungen eines Systemwechsels auf das Rettungs-, Gesundheits- und Sozialwesen ist aus Sicht der PLATTFORM VORARLBERG FÜR WEHRPFLICHT UND ZIVILDIENTST eindeutig der Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht und dem damit untrennbar verbundenen Zivildienst der Vorzug zu geben.

E) Unser Angebot an Sie

- Gerne stehen wir für Informationsveranstaltungen in den Gemeinden, für Organisationen, Vereine, zur Verfügung;
- Das Informationsmaterial kann selbstverständlich vervielfältigt und zur Information gestreut werden;
- Unsere Erreichbarkeit für eine Verbindungsaufnahme: siehe Impressum;

Sicherheit geht uns alle an

Optimierungen und Reformen – JA BITTE

Experimente bei der umfassenden Sicherheitsvorsorge –

NEIN DANKE

Es geht um vieles – deshalb am 20. Jänner

JA zu WEHRPFLICHT & ZIVILDIENTST

Impressum: PLATTFORM VORARLBERG FÜR WEHRPFLICHT UND ZIVILDIENTST

- **Adresse:** Otmar Müller, Marktstraße 52, 6850 Dornbirn, Mail: office-vorarlberg-fuer@gmx.at
- **Betreuung von Anfragen, Medien:** Josef Müller, 06646225912, Mail: vorarlberg-fuer@gmx.at

